

DIE ANTI-ATOMKRAFT-BEWEGUNG IN DER BRD

Version 9/2023. Dieser Text ist eine Collage verschiedener Artikel, siehe Quellenangaben

Die Anti-AKW-Bewegung war **eine der einflussreichsten der neuen sozialen Bewegungen seit den 1970er Jahren in der BRD**. Unterschiedliche gesellschaftliche Schichten, Milieus und Szenen waren und sind – aus Gründen lokaler Betroffenheit, ökologischer Anliegen bis zu grundsätzlicher Systemkritik - in die Bewegung involviert. Sie verhinderte den Bau zahlreicher Atomenergieeinrichtungen und erreichte den Atomausstieg mit Abschalten der letzten Atomkraftwerke im Jahr 2023 – auch wenn große Teile der Bewegung immer den sofortigen Ausstieg gefordert hatten und u. a. die Frage der Endlagerung von Atommüll immer noch ungeklärt ist. Darüber hinaus wirkte sich die Bewegung auch auf die gesamte Energie- und Umweltpolitik sowie auf politische Prozesse und Strukturen allgemein aus. In der Dynamik mit anderen Kämpfen im Kontext einer breiteren Umwelt- und Alternativbewegung in der BRD entstanden seit den 1970er Jahren unzählige Projekte, Initiativen und Organisationen, die größtenteils noch heute existieren (Bürgerinitiativen, Alternative Listen/Partei *Die Grünen*, Tagungshäuser, Tageszeitung *taz*, mobile Großvolksküchen,...). Die Anti-Atom-Bewegung hat Tausende Biografien und ganze Regionen (z. B. die Alternativkultur im Wendland) geprägt und ihre Aktions- und Organisationsformen (Sitzblockaden, Anketten, Besetzungen, Hüttendörfer, Camps, basisdemokratische Strukturen, 5-Finger-Taktik,...) sind bis heute wesentliche Bestandteile allgemeiner Protestkultur. Auch juristische Urteile und Effekte sind bis heute relevant (u. a. Brokdorf-Urteil, Gründung der *Initiative kritische Polizisten*).



Die **Nutzung der Atomkraft** (offiziell: „Kernenergie“) als Energiequelle **begann 1951** als in einem Experimentalreaktor im US-Bundesstaat Idaho erstmalig Strom erzeugt wurde. In den folgenden Jahren träumte man weltweit von der **"friedlichen Nutzung der Kernenergie"** (entgegen der Nutzung als Atomwaffen) und vom **"Goldenen Atomzeitalter"** und glaubte, damit alle Energieprobleme der Menschheit mit einem Schlag lösen zu können (nukleare Flugzeug- und Lokomotivantriebe, "Baby-Reaktoren" als Heizungen für Häuser, Entsalzung des Meerwassers, Begrünung der Wüsten, Erwärmung der Polargebiete) – auch vor dem Hintergrund der Entbehrungen der

Nachkriegszeit und dem euphorischen Fortschritts- und Technikglauben des beginnenden Wohlstands. Die meisten dieser Visionen wurden niemals Wirklichkeit (Ausnahme: Schiffe und U-Boote mit atomarem Antrieb, nukleare Batterien in der Raumfahrt). In der BRD wurde unter Atomminister Franz Josef Strauss (CSU) ab 1955 ein Drei-Stufen-Plan für ein eigenes deutsches Atomprogramm erarbeitet.

Die Anti-AKW-Bewegung sah sich in den Anfängen zunächst in einer Außenseiterposition gegenüber der „Atomgemeinde“ aus Industrieunternehmen, Staatsorganen, Techniker:innen und Wissenschaftler:innen. Die Mehrheit der Bevölkerung war indifferent oder hatte eine positive Haltung. Dies änderte sich, als **kritische populärwissenschaftliche Publikationen** über Umweltprobleme und Gesundheitsgefährdungen durch Niedrigstrahlung erschienen. Das Herunterspielen von Problemen durch Wirtschaft und Staat regte die Zweifler:innen und Kritiker:innen an, die zunehmend auch als „Gegenexpert:innen“ empfunden wurden. In den folgenden Jahren schürten Meldungen über radioaktive Niederschläge aufgrund von Atombombentests immer wieder das Misstrauen der Bevölkerung.

In den 1950er und 1960er Jahren kam es nur selten zu Protesten – und wenn, dann im lokalen Rahmen, gegen Pläne, ein Atomkraftwerk oder eine Atommülldeponie zu errichten. Der **regionale Ansatz der Anti-Atom-Bewegung** war eine deutsche Besonderheit, da regionale Erfolge in Deutschland viel leichter zu erringen waren als etwa im zentralistisch regierten Frankreich. Die Dynamik der deutschen (und auch der US-amerikanischen)

Umweltbewegung ist um 1970 aus dem Wechselspiel zwischen administrativen Eliten, Initiativen aus der Wissenschaft und den Medien entstanden. Sie beruhte auf einer breiten Basis von sich stärkenden Bürger:innen in Bürgerinitiativen (BIs), Parlamenten und Institutionen und einer für Aufsteiger:innen verhältnismäßig offenen Elite.

Aus bestehenden **Bürgerinitiativen zu Umwelt und Verkehr** gingen **die ersten Anti-AKW-BIs** hervor. Zunehmend breiter organisierte Einsprüche von Bürger:innen gab es 1970/71 bezüglich der geplanten AKWs u.a. in Breisach, Esenshamm, Neckarwestheim und Bonn. In Breisach/Baden-Württemberg kam es zu Kundgebungen, Protestmärschen und 65.000 Einsprüchen, was zur Verlegung des Vorhabens nach **Wyhl** führte, dort jedoch auf noch größeren Widerstand stieß. Wichtige Unterstützung kam von französischer Seite, wo seit 1971 gegen das Atomkraftwerk **Fessenheim** protestiert wurde. Im elsässischen Marckolsheim/Frankreich fand im September 1974 gegen ein Bleichemiewerk eine erste Bauplatzbesetzung statt, die die Proteste in Wyhl inspirierte. Auf einem Treffen gewaltfreier anarchistischer Aktionsgruppen wurde ausgehend von einer Kritik am marxistischen Dogma der „Entfesselung der Produktivkräfte im Sozialismus“ eine ökologische Kritik der Produktivkräfte entwickelt und eine Beteiligung an Protesten und Zusammenarbeit mit den BIs in Wyhl beschlossen. Ab Februar 1975 fanden große Demonstrationen („NAI hämmer gsait“) und die mehrmonatige Besetzung des Baugeländes mit Holzhütten und der Einrichtung der „Volkshochschule Wyhler Wald“ statt. Zunächst wurde die Besetzung mit Polizeigewalt geräumt („**Schlacht um Wyhl**“), was in der Bevölkerung aber zu größerer Entschlossenheit und der Wiederbesetzung führte und bundesweit ein Zeichen setzte. **Mit der Unterstützung dieses regionalen Widerstandes begann auch die bundesweite Bewegung gegen Atomenergie.** Die Proteste verhinderten den Bau und wurden beispielgebend für die Bewegung. Inspiriert von den Erfolgen der massenhaften Bauplatzbesetzung in Wyhl wurde 1976 in den **USA** von der *Clamshell Alliance* die **Bauplatzbesetzung des AKW Seabrook**/New Hampshire organisiert. Die dort zum ersten Mal in einer großen Aktion eingesetzten Entscheidungsfindungsverfahren von Sprecher:innen-Räten und Konsens sowie die Vorbereitung in Bezugsgruppen und Aktionstrainings beeinflussten wiederum Aktionen der Anti-AKW-Bewegung und Friedensbewegung in Deutschland.

Die erste Ölkrise 1973/74 beschleunigte die Planung von Atomkraftwerken. Frankreich beschloss ein umfangreiches Bauprogramm, das es bis 1990 auch tatsächlich umsetzte. **Ab Mitte der 1970er Jahre wurde der Widerstand zunehmend vernetzt.** Der Slogan der lokalen Initiativen lautete nun „Kein AKW in X und anderswo“. Einige lokale Gruppen schlossen sich dem *Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)* an, andere Gruppen, wie die anarchistisch geprägten *Gewaltfreien Aktionsgruppen*, lehnten eine zu stark formalisierte und hierarchische Organisationsstruktur ab und wollten stattdessen eine Graswurzelbewegung. Anderen, wie den kommunistisch orientierten aber auch den ideologisch weniger festgelegten Gruppen, war der *BBU* zu wenig kämpferisch. Zum wichtigsten Koordinationsorgan wurde in den 1970er Jahren die *Bundeskonzferenz*, ein meist zweitägiges Treffen ohne formalisierte Struktur von Delegierten. Hier wurden Erfahrungen ausgetauscht, Demonstrationen geplant, Strategien diskutiert, aber auch ideologische Auseinandersetzungen geführt. Wichtige Netzwerkknoten bildeten Zeitschriften (*atomexpress*, *atommüllzeitung*, später *anti atom aktuell*), die vielen kleineren lokalen Gruppen, alternative und bunte Listen, Institute von atomkritischen Wissenschaftler:innen (z. B. das Freiburger *Öko-Institut*) und später auch Umweltverbände (v.a. *BUND*, *Greenpeace* und *Robin Wood*). Das Aktivitätsspektrum wurde breiter und umfasste nun Aufklärungsveranstaltungen, Verfahrenseinsprüche, Verfassungsklagen, Protestkundgebungen und Blockadeaktionen.

Die Platzbesetzung von Wyhl inspirierte ähnliche Aktionen an anderen Standorten. Zu Beginn des Anti-AKW-Widerstands waren es vor allem konservative lokale politische Gruppierungen (vorwiegend CDU/CSU und Freie Wähler), die den Protest organisierten. Dabei war die Sorge anfangs teilweise nicht gegen die Atomkraft gerichtet: Im Südbadischen ging es gegen die künftigen Dampfschwaden der Kühltürme und deren negative Einflüsse auf den lokalen Weinbau. Die niedersächsischen Milchbäuer:innen fürchteten um ihr Image und die Verkaufspreise der Milch. Ihnen schlossen sich später - nach anfänglicher Zurückhaltung und Kritik an den „bürgerlichen“ Initiativen - zunehmend linke und linksradikale politische Gruppen aus den Städten an.

Überregionale Institutionen beteiligten sich an der Organisation eines breiten Widerstandes. Zudem erschienen in den 1970er Jahren zahlreiche Bücher, die den atomkritischen Diskurs förderten (u. a. **Grenzen des Wachstums, Der Atomstaat**).

Regierung und Atomindustrie reagierten mit geringfügigen institutionellen Korrekturen und Informationskampagnen. Auftragsstudien zur Akzeptanzproblematik wurden durchgeführt. 1975-1978 fanden unter dem Titel **Bürgerdialog Kernenergie** Veranstaltungen der Bundesregierung statt, um in einen Dialog mit der wachsenden Zahl von Atomkraftgegner:innen zu kommen. Diese beurteilten den Bürgerdialog als nicht ergebnisoffen, er sollte die gesetzlich vorgeschriebene Bürgerbeteiligung im Rahmen der Bauleitplanung ergänzen und war im Gegensatz zu diesem unverbindlich. Ein Teil der **Gewerkschaften** plädierte mit Arbeitsplatzargumenten **für die Atomenergie (30-40.000 Demonstrierende in Dortmund 1977)**.

Klaus Traube, Spitzenmanager der Atomindustrie, wurde zum hochrangigen „Deserteur“, der sich zum Atomkritiker und Umweltaktivisten entwickelte. Mit der **Lauschaffäre Traube** zog seine Überwachung durch den Verfassungsschutz weite politische Kreise.

Im März 1977 demonstrierten in **Grohnde**/Niedersachsen etwa 15.000 Personen. Den zum Teil mit Gasmasken und Helmen ausgerüsteten Demonstrant:innen gelang es, auf etwa 10 Metern Länge den doppelten Metallgitterzaun einzureißen. Mit 4.000 Polizeibeamt:innen und vielen Verletzten war dies die bis dahin gewalttätigste Auseinandersetzung der westdeutschen Demonstrationsgeschichte. Sie ging als **„Schlacht um Grohnde“** in die Protestgeschichte ein. Die militanten Aktivist:innen kamen vor allem aus den kommunistischen *K-Gruppen* und den *Spontis* als Vorläufer der *Autonomen*.



Von Behörden als bevorstehenden „Sturm auf den Brüter“ wurde die Demonstration im September 1977 gegen den „Schnellen Brüter“ in **Kalkar** am Niederrhein bezeichnet und damit der bis dahin größte Polizeieinsatz gegen Anti-AKW-Proteste legitimiert. Bundesweit wurden vom Bundesgrenzschutz an Bahnhöfen „potentielle Gefährder“ kontrolliert, Verkehrsknotenpunkte besetzt, Autos und Züge gestoppt. Mehr als 50.000 demonstrierten, wobei der Versuch, auf das Gelände zu kommen, von massiver Polizeigewalt verhindert wurde. Der „Schnelle Brüter“ wurde 1985 fertiggestellt, ging aber nie in Betrieb und wurde wegen sicherheitstechnischer und politischer Bedenken 1991 als eine der größten Investitionsruinen Deutschlands (mehr als 7 Milliarden DM) stillgelegt. Später wurde auf dem Gelände der Freizeitpark *Kernwasser Wunderland* errichtet.

Gegen die Planung und den Bau des Atomkraftwerks **Brokdorf**/Schleswig-Holstein fanden seit 1976 Demonstrationen statt, im November 1976 kam es zu zahlreichen Verletzten bei der später **„Schlacht um Brokdorf“** genannten Demonstration. Juristisch wurde 1977 zunächst ein Baustopp erreicht.

Im Dezember 1977 wurde bereits eine Reduzierung des Atomprogramms um 50% für 1985 angekündigt und mehr Gewicht auf Energiesparmaßnahmen und die Entwicklung nicht-nuklearer Energietechniken gelegt. Der Konflikt entschärfte sich jedoch nicht, auch da die Polizei bei den Protesten noch deutlich härter durchgriff als in Wyhl. In dieser Phase polarisierte sich der Konflikt so stark, dass auf der einen Seite von einem **„Rückfall in die Steinzeit“** und auf der anderen von einem **„totalitären Atomstaat“** gesprochen wurde. Manche befürchteten einen **„ökologischen Bürgerkrieg“**.

Als klar wurde, dass das Atomprogramm auf direktem Wege nicht komplett zu stoppen war, wurden auch alternative Wege eingeschlagen. Einige Aktivist:innen widmeten sich der Propagierung von **Energiesparmaßnahmen und regenerativen Energien** (u. a. auch Gründung von Umweltinstituten), andere setzten auf strikt verfahrensformalen Widerstand, andere auf den Aufbau schlagkräftiger Umweltschutzorganisationen oder politischer Parteien. Innerhalb der Bevölkerung reichte die Zahl der

Gegner:innen an die der Befürworter:innen heran. Bei SPD und FDP sprachen sich beachtliche Minderheiten gegen die Atomenergie aus.

Ab den späten 1970er Jahren rückte der Streit um die **Wiederaufarbeitung und Endlagerung von Atommüll** in den Fokus, den Mittelpunkt bildeten die geplante Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) und das Atommülllager Gorleben. Die *Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg* wurde dabei zu einer der wichtigsten Akteur:innen, bundesweit wurden dezentrale Gorleben-Freundeskreise gegründet. In die Hochphase des Streits fiel der **Unfall im Atomkraftwerk Three Mile Island in Harrisburg/USA (1979)**, was dem Anti-Atom-Protest weiteren Auftrieb gab. In Hannover demonstrierten im Frühjahr 1979 bei der Ankunft des **Gorleben-Traktoren-Trecks** etwa 100.000 Menschen. Auch im Herbst 1979 demonstrierten 100.000 Menschen in Bonn. Niedersachsens Ministerpräsident Albrecht erklärte 1979 die WAA Gorleben für „wirtschaftlich machbar, aber politisch nicht durchsetzbar“.

In Gorleben wurde im Mai 1980 der Bauplatz besetzt und das **Hüttendorf Republik Freies Wendland** errichtet, das einen Monaten später von einem großen Polizeiaufgebot geräumt wurde. Die Republik Freies Wendland symbolisierte die Verwirklichung einer Utopie: Hütten und selbstgebaute Windräder als Teile einer ökologischen Gesellschaft, der *Wendlandpass* als Austritt aus dem (Atom-)Staat.

Auch um den Widerstand gegen die Atompolitik und gegen die Stationierung von Atomwaffen innerhalb der BRD in die Parlamente zu tragen, wurde 1980 – aufbauend auf bereits bestehenden kommunalen alternativen Listen – die Partei **Die Grünen** gegründet.

Ende 1980 wurde bekannt, dass der Bau des AKW Brokdorf fortgesetzt werde. Dagegen demonstrierten im Februar 1981 trotz Versammlungsverbot rund 100.000 Menschen. 10.000 Polizist:innen versuchten vergeblich, einen Teil der Demonstration zu verhindern, es kam zu heftigen Auseinandersetzungen am Bauzaun. 1985 erklärte das Bundesverfassungsgericht im **Brokdorf-Beschluss** das Versammlungsverbot von 1981 für unzulässig.

Als neue Gegenstrategie jenseits von Zaunschlachten und dem parlamentarischen Weg der Grünen wurden **Stromzahlungsboykotte** organisiert. In der ersten Hälfte der Achtzigerjahre vermischte sich die Anti-AKW-Bewegung auch mit anderen sozialen Bewegungen. In der Diskussion um den NATO-Doppelbeschluss wurde die **Friedensbewegung** gegen die Stationierung von Atomwaffen stärker: Unter anderem kamen zu Friedensdemonstrationen in Bonn 1981 350.000 Teilnehmer:innen und 1982 500.000 Teilnehmende, zu Aktionstagen im „Heißen Herbst“ 1983 gingen bundesweit 1,3 Millionen auf die Straße, Hunderttausende auch in anderen Städten europaweit. Hinzu kamen **Sitzblockaden an Raketenstandorten wie in Mutlangen/Schwäbische Alb**.

Eine große Dynamik entwickelte auch der Widerstand gegen den Bau der **Startbahn West am Frankfurter Flughafen**, wo u. a. im November 1981 120.000 Menschen demonstrierten.

Im Januar 1982 demonstrierten wieder etwa 30.000 Menschen in Wyhl. Parallel zu den Demonstrationen gab es zahlreiche Klagen vor Verwaltungsgerichten gegen die Genehmigungsverfahren, teilweise auch in Form von Sammelklagen. Die Suche nach alternativen Endlagerstandorten führte an jeder neuen Stelle zu Protesten. Im **„heißen Herbst 1982“** demonstrierten 40.000 Menschen bundesweit an potentiellen Standorten für Wiederaufbereitungsanlagen, davon 10.000 beim „Tanz auf dem Vulkan“ in Gorleben. Die Polizei setzte hier neben Schlagstöcken modernste Hochdruckwasserwerfer ein, wobei viele AKW-Gegner:innen zum Teil schwer verletzt wurden.

Nach dem **Wechsel zur CDU-FDP-Regierung unter Helmut Kohl 1982** schien die politische Stimmung für die Atomenergie zunächst günstiger zu sein. Bald gewannen in der – nun oppositionellen – SPD die Atomkraftgegner:innen aber die Oberhand und der Einzug von *Die Grünen* in den Bundestag 1983 stärkte die öffentliche Wahrnehmung der Bewegung.

1984 wurde die **erste Wendland-Blockade** als Materialblockade auf offener Straße durchgeführt und zum Vorläufer für die späteren Widerstandsformen gegen Atomtransporte. Gorleben sollte nach der Verhinderung der WAA nun eine Pilotkonditionierungsanlage und ein Atommüll-Zwischenlager bekommen.

Der eigentliche Kampf um einen geschlossenen bundesdeutschen Atomkreislauf, nämlich um den Bau einer Wiederaufbereitungsanlage (WAA), wurde in **Wackersdorf** bei Schwandorf/Bayern entschieden: Ab 1981 gab es Proteste und über 880.000 Verfahrenseinsprüche. 1985 errichteten Atomkraftgegner:innen das erste Hüttendorf *Freie Oberpfalz* in dem 1.000 Menschen übernachteten. Das Dorf wurde in der Folge mehrfach brutal geräumt und wieder errichtet. Zwischen 1985 und 1989 war in den Medien häufig von „Besetzung“ der Region durch Polizeiverbände aus dem gesamten Bundesgebiet sowie des Bundesgrenzschutzes und „**Bürgerkrieg**“ die Rede. In den „**Schlachten am Bauzaun**“ kam es zum ersten Einsatz von CS-Gas gegen Demonstrant:innen und im Umfeld der Proteste kamen zwei Atomkraftgegner:innen (Asthma/Herzstillstand vermutlich wegen CS-Gas) und ein Polizist (Verkehrsunfall) ums Leben.

Durch die **Reaktorkatastrophe von Tschernobyl/Ukraine im April 1986** erfuhr die deutsche Bewegung im europäischen Vergleich eine außergewöhnlich starke Reaktivierung. Spontan gründeten sich Gruppen, denen sich insbesondere Eltern, besorgt um die Gesundheit ihrer Kinder, anschlossen, wobei es vor allem um gesundheitliche Fragen ging (Vermeidung von Frischware, Frischmilch, Beseitigung radioaktiven Staubs und radioaktiv verseuchten Spielkastensands). Dabei kam es auch zu Neugründungen von Initiativen wie "Mütter gegen Atomkraft". Im Juni 1986 gab es zwei bundesweite Großdemonstrationen: eine gegen die WAA Wackersdorf und eine gegen das im Bau befindliche Kernkraftwerk Brokdorf. Beide wurden verboten. Trotzdem demonstrierten an beiden Orten hunderttausende Menschen und es kam zu massiven Auseinandersetzungen. Im Juli 1986 fand das **Anti-WAAhnsinns-Festival bei Wackersdorf** statt, das bis dahin größte Rockkonzert der deutschen Geschichte mit bekannten Bands und Musiker:innen und über 100.000 Besucher:innen. Das AKW Brokdorf wurde im Oktober 1986 als weltweit erste Anlage nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl in Betrieb genommen.

In den 1980er Jahren häuften sich auch **Sabotage-Aktionen** bei Atomenergie-Unternehmen, Anlagen der Bahn und insbesondere Stromleitungen so stark, dass einzelne Medien von der Berichterstattung Abstand nahmen, um Nachahmungen zu verhindern. Diese, für die Stromkonzerne teuren Sabotageaktionen wurden sowohl von Autonomen (als „Gewalt gegen Sachen“) als auch von gewaltfreien Aktionsgruppen („gewaltfreie Sabotage“) durchgeführt. Sachzerstörungen aber vor allem die gewaltförmigen Konfrontationen mit der Polizei führten aber auch zu intensiven Debatten innerhalb der Bewegung. Im November 1987 starben durch Pistolenschüsse aus einer Demonstration gegen die **Startbahn West** in Frankfurt/Main zwei Polizisten, weitere sieben Polizisten wurden verletzt. Die Pistole war eine Polizeidienstwaffe, die bei einer Anti-AKW-Demonstration in Hanau 1986 entwendet worden war. Daraufhin kam es zu einer massiven Repressionswelle und Demonstrationsverboten, die auch die Anti-AKW-Bewegung betrafen. Auch dadurch wurden nun neue Aktionskonzepte aufgegriffen, die von gewaltfreien Aktionsgruppen schon länger propagiert worden waren: **Statt zentrale Bauzaunschlachten dezentrale Aktionstage** gegen atomare Infrastruktur mit Blockaden des Bauverkehrs und von Zulieferfirmen (z. B. *Heidelberger Zement*).

Im Wendland startete 1988, auch motiviert durch den **Transnuklearskandal** mit „Blähfässern“ im Fasslager Gorleben, die **Kampagne Wir stellen uns quer** mit öffentlichen Absichtserklärungen, sich dem Castor-Atommülltransport nach Gorleben in den Weg zu stellen. Bis 1994 wurde viermal „Castor-Alarm“ zur Mobilisierung ausgelöst, die Transporte aber aus politischen Gründen oder Sicherheitsmängeln abgesagt.

Mit dem **Aus für die WAA Wackersdorf 1989** brach der Plan des geschlossenen Atomkreislaufs in der BRD zusammen. Dadurch wurde die Verfrachtung des Atommülls nach La Hague/Frankreich und Sellafield/Großbritannien in die dortigen Wiederaufbereitungsanlagen und von dort zurück in deutsche AKWs oder Zwischenlager notwendig. Der **Stilllegungsbeschluss für den Hochtemperaturreaktor (THTR) in Hamm**

1989 und die Einstellung des Schnellen Brütters in Kalkar 1991, der bereits 1985 fertig gebaut war, aber nie in Betrieb ging, bedeuteten weitere Erfolge für die Anti-AKW-Bewegung. Sie widerlegten den von Kritiker:innen immer wieder vorgetragenen Mythos von einer permanent erfolglosen Bewegung, die auf dem unmittelbaren Wege der massenhaften direkten Aktion nichts verhindern könne, weil sie gegen Atomstaat und die Macht der Energiekonzerne keine Chance hätte. Stattdessen zeigte der langfristige und permanente Massenwiderstand, nicht als unmittelbar militärischer Sieg in einer Schlacht, aber als Abnutzungsstrategie, zeitlich versetzt und mittelbar, materielle Erfolge.

Gleichzeitig fiel in diese Phase auch ein deutlicher **Rückgang der Aktivitäten der Bewegung**. Es fehlten Kristallisationspunkte für Aktionen, die Teilnehmendenzahlen an den jährlichen Herbstkonferenzen sanken, die Zeitschrift *atom* wurde eingestellt. Nur die Proteste gegen das Endlager Schacht Konrad mit 250.000 Einwendungen hoben sich heraus. Auch der Zusammenbruch der DDR 1989/90 und die deutsche Vereinigung verdrängten das Atom-Thema aus der Öffentlichkeit.

Initiiert von der SPD-Landesregierung Nordrhein-Westfalen begannen 1992 die sogenannten **„Konsensgespräche“** zwischen Politik und Atomwirtschaft über einen Ausstieg aus der Atomenergie, die aber zunächst keine größeren Ergebnisse brachten.

Noch **Anfang 1994 schien die Anti-AKW-Bewegung am Ende zu sein**. Die Pläne, das Zwischenlager Gorleben in Betrieb zu nehmen, führte aber zu einer neuen überraschenden Mobilisierungswelle und dem Comeback der Bewegung: Ab dem Sommer 1994 entstanden neue Gruppen und lokale Netzwerke, zu Aktionen kamen wieder Hunderte und Tausende, auf den halbjährlichen Konferenzen trafen sich wieder weit über hundert Bewegungsaktivist:innen. Zum neuen Protestsymbol – und als Achillesverse der Atomindustrie strategisch ausgewählt – wurde der **Castor** genannte Transport- und Lagerbehälter für Atommüll. Die **Entsorgungsfrage wurde die zentrale Auseinandersetzung**. Dezentrale Störungen der komplexen und anfälligen Infrastruktur des Atomstaats wurden der Ansatzpunkt für vielfältige direkte Aktionen. In den AKWs, vor allem Philippsburg, Neckarwestheim und Biblis im Südwesten stauten sich auf den Kraftwerksgeländen abgebrannte Brennelemente. Transporte nach Gorleben wurden vorbereitet und 1994 wurde zum zehnjährigen Jubiläum der Wendlandblockade von 1984 die heiße Phase der Proteste gegen von nun an jährlich stattfindende Castor-Transporte eingeläutet. Der **erste Tag X** war der 25. April 1995: Am Dannenberger Castor-Verladekran fand unter dem Namen „Ausrangiert“ eine öffentlich angekündigte, gewaltfreie Schienendemontage statt, an der sich über 800 Menschen beteiligten sowie eine Kundgebung mit 4.000 Teilnehmenden gegen den unmittelbar bevorstehenden Castor-Transport. Unter dem Einsatz von ca. 6.000 Polizist:innen und Bundesgrenzschutz und gegen den Widerstand von ca. 3.000 Castor-Gegner:innen wurde der erste Castor-Behälter eingelagert.

In der Bewegung wurden die **Tag X-Mobilisierungen** (Tag des Starts des Castortransports auf dem Weg von den Aufarbeitungsanlagen in Sellafield/GB oder La Hague/Frankreich oder aus deutschen AKWs in die Zwischenlager Gorleben oder Ahaus) zur neuen Mobilisierungsstrategie und die Transportstrecke mittels des sogenannten **„Streckenkonzepts“** zum Aktionsfeld. Ziel war, die Transporte durch sowohl dezentrale kleine Blockaden als auch aufsehenerregende Massenproteste und -blockaden in den Blick der Öffentlichkeit zu bekommen und durch die Proteste den politischen ebenso wie den finanziellen Preis nach oben zu treiben.

Nachdem es in den 1970er und 80er Jahren oft zu Konflikten zwischen unterschiedlichen Aktionsformen gekommen war, setzte sich Ende der 90er bis Anfang der 2000er Jahre das Konzept des „gewaltfreie und militante Aktionen nicht am selben Ort, nicht zur selben Zeit“ und damit verbunden das „Streckenkonzept“ weitgehend durch: Unterschiedliche Aktionsformen von Demonstrationen über gewaltfreie Blockaden, Sabotage bis zu Angriffen verteilten sich räumlich so, dass sie sich nicht gegenseitig störten. Wichtige Impulse hierzu kamen auch aus den Gipfelprotesten der globalisierungskritischen Bewegung. Damit gab es eine Lösung für den jahrzehntelangen Streit zwischen „Gewaltfreien“ und „Autonomen“ und es entwickelten sich auch Formen der Beteiligung von Autonomen bei Aktionen zivilen Ungehorsams, wie bei **Castor?Schottern!** ab 2010.

Am **zweiten Tag X 1996** beteiligten sich 2.000 Menschen an der Aktion „Ausrangiert“ im Wendland, 6.000 behinderten den zweiten Castor-Transport auf den letzten Kilometern zum Zwischenlager. Neben den lokalen Bäuer:innen, Schüler:innen, Pastor:innen beteiligen sich Ärzt:innen und Bankangestellte, rund 100 Firmen und Geschäfte im Wendland schloßen am Transport-Tag. 9.000 Beamt:innen von Polizei und Bundesgrenzschutz bahnten mit Hilfe von Wasserwerfern und Schlagstöcken dem Castor seinen Weg.



1997 behinderten bereits auf der ersten Etappe des Castor-Transportes vom AKW Neckarwestheim/Baden-Württemberg 600 Personen die drei Castorbehälter. In Lüneburg fand eine Großdemonstration mit ca. 20.000 Teilnehmenden statt. Die **Bäuerliche Notgemeinschaft** führte einen Protestumzug mit über 600 Traktoren durch. Castor-Gegner:innen gelang es durch **Unterhöhlen der Straße** eine der beiden Straßenrouten von Dannenberg nach Gorleben komplett unpassierbar zu machen. Um die gewaltfreie Sitzblockade der neuen Kampagne **X-tausendmal quer** am Verladekran in Dannenberg mit 9.000 Teilnehmenden direkt vor dem Verladekran am Anfang der Straßenstrecke zu räumen, brauchte die Polizei neun Stunden. **X-tausendmal quer** war als klassische Aktion zivilen Ungehorsams konzipiert, mit der es gelang, die staatliche Strategie, Widerstand als gewalttätig zu diffamieren, zu unterlaufen, und die Polizei in ein Dilemma zu bringen. Die gewaltsame Räumung sorgte für positive Presse und weitere öffentliche Sympathie. Die Kosten des Transports lagen bei 100 Millionen DM.

1998 wurde der Transport von Castorbehältern aus Gundremmingen und Neckarwestheim unter Einsatz von 30.000 Polizeibeamt:innen ins **Zwischenlager Ahaus** gebracht. Obwohl die Einsatzleitung den Transporttermin unter Geheimhaltung um fünf Tage vorverlegt hatte, demonstrierten und blockierten in verschiedenen Aktionen knapp 10.000 Atomkraftgegner:innen auf der Strecke und in Ahaus. Die Strategie der Bewegung war: „Selbst wenn wir diesen Castor nicht verhindern, verhindern wir damit vielleicht den nächsten oder übernächsten.“

Anfang 1998 kam es zum „**Castorskandal**“ als bekannt wurde, dass an mehreren Transportbehältern über Jahre hinweg aufgrund äußerer Kontamination Strahlung weit über den zulässigen Grenzwerten gemessen wurde. Daraufhin stoppte die damalige Umweltministerin Angela Merkel die Transporte vorläufig. Zudem wurde bekannt, dass das Umweltministerium und die zuständige Abteilung für Strahlenschutz seit Jahren von den erhöhten Strahlenwerten wussten, was auch von der Gewerkschaft der Polizei als „menschenverachtendes Verhalten“ bezeichnet wurde.

Nach 18 Jahren endete **1998** die „Ära Kohl“; die **SPD-Grüne-Koalition** unter Gerhard Schröder übernahm die Regierung und führte die „Konsensgespräche“ mit der Atomindustrie fort. Über 5.000 Menschen und 100 Traktoren aus dem Wendland demonstrieren in Berlin gegen die „Bestandsgarantie der bestehenden Anlagen“. Ein „Ausstieg aus der Kernenergie“ wurde 2000 in einem „**Atomkonsens**“ genannten Vertrag der Bundesrepublik mit den verschiedenen Betreibergesellschaften geregelt, mit Restlaufzeiten von bis zu 35 Jahren. In den Verhandlungen und Gremien waren auch Personen, die selbst aus der Bewegung stammten und u. a. aus kritischen Wissenschaftsinitiativen hervorgegangen waren. Der Bewegung nahm dieser „Atomkonsens“ zunächst die Dynamik.

Zur Auftaktdemonstration gegen den **vierten Castortransport nach Gorleben im März 2001** – dem ersten Atommülltransport nach dem Castorskandal – kamen dann wieder über 16.000 Menschen nach Lüneburg. Unter Einsatz von fast 30.000 Polizist:innen, davon allein 18.000 im Wendland, wurde dieser Transport gegen den Widerstand von über 10.000 Atomkraftgegner:innen durchgesetzt und mit 120 Millionen DM zum teuersten bisherigen Transport. Im November waren es nur noch 3.000 Menschen, die sich trotz massivem Polizeischutz und umfangreichen Demonstrationsverboten dem fünften Castortransport nach Gorleben in

den Weg stellten – auch eine Folge anderer Mobilisierungen und Ereignisse im Jahr 2001 wie der Repression gegen die Antiglobalisierungsbewegung in Genua, den Anschlägen vom 11. September in den USA und dem Kriegseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan.

Beim achten Transport aus La Hague kam es im November 2004 in Frankreich kurz vor der deutschen Grenze zum tödlichen Unfall des angeketteten Aktivisten Sébastien Briat, der vom Castor-Zug erfasst wurde und noch vor Ort starb.

Zusammen mit dem *BUND* und *X-tausendmal quer* begann *Campact* 2005 die Anti-Atom-Kampagne **.ausgestrahlt gegen ein Comeback der Atomenergie** mit bundesweiten Touren und Demonstrationen und Begleitung der Koalitionsverhandlungen. *.ausgestrahlt* wurde später zu einer eigenständigen Organisation. Im Juli 2008 berichtete *Der Spiegel* mit dem Titelthema "Atomkraft? Das unheimliche Comeback" über Ausbaupläne der Atomkraft in Russland, China und anderen Staaten. CDU/CSU und FDP kündigten im Bundestagswahlkampf 2009 an, den Atomkonsens aufzukündigen und die Laufzeiten der Atomkraftwerke in Deutschland verlängern zu wollen. Aus Protest dagegen fanden u. a. große **Menschenkett**en statt, bei der **KETTENreAKTION!** im April 2010 mit 120.000 Menschen zwischen Brunsbüttel, Hamburg und Krümmel. Weitere Menschenketten fanden an anderen Atomstandorten statt. Neben den "klassischen" Akteur:innen der Umweltbewegung nahmen nun auch Mitglieder von Branchenverbänden wie dem *Bundesverband Erneuerbare Energie* und der *Bundesverband Solarwirtschaft* an Protesten teil und warben für erneuerbare Energien. Im Oktober 2010 wurde im Bundestag eine **Laufzeitverlängerung** um 8 bzw. 14 Jahre beschlossen.

Der **Castortransport im November 2010** wurde mit einer Verzögerung von über 24 Stunden der längste und meistumkämpfte Atommülltransport aller Zeiten – und der teuerste und gefährlichste: Das radioaktive Inventar war elfmal höher als die Strahlung, die in Tschernobyl 1986 freigesetzt wurde. Schon auf der Schienenstrecke in Frankreich fanden Anketaktionen statt, ebenso auf der Strecke durch Deutschland, wo es auch Abseilaktionen gab. Zum Auftakt demonstrierten 50.000 in Dannenberg. 4.000 Menschen beteiligten sich in weißen Staubschutzanzügen und mit Schutzausrüstung gegen Polizeigewalt am *Schottern*, dem öffentlich angekündigten Entfernen der Schottersteine aus dem Gleisbett als niedrigschwellige Form der Sachbeschädigung. Dazu aufgerufen hatte das neue Bündnis **Castor?Schottern!** aus autonomen, postautonomen und klassisch gewaltfreien Gruppen sowie weiteren Organisationen und Einzelpersonen. An der Schienenblockade *Widersetzen* beteiligten sich 3.500 Menschen. Auf ungefähr halber Zugstrecke zwischen Lüneburg und Dannenberg musste der Transport anhalten. Der Polizei-Gewerkschaft zufolge sollte er pausieren, da den Polizist:innen die Kräfte ausgingen. Greenpeace verhinderte mit einer als Bierlaster getarnten Lastwagen-Blockade stundenlang die Abfahrt der Tieflader, Bäuer:innen blockierten mit Schafen und Ziegen den Ortseingang Gorleben. Bei *X-1000 mal quer* blockierten Tausende die Straße vor Gorleben. Bäuer:innen ketten sich in Betonpyramiden an.

Nach dem Beginn der **Nuklearkatastrophe von Fukushima/Japan im März 2011** kam es in vielen deutschen Städten zu starken Protesten für den Atomausstieg. Maßgeblichen Anteil an den breiten Mobilisierungen hatte die Online-Kampagnen-Organisation *campact!*. Die Proteste gipfelten im März 2011 in **bundesweiten Menschenkett**en und **Massendemonstrationen mit rund 250.000 Menschen**.

Im **Juli 2011 beschloss der Bundestag daraufhin den erneuten Atomausstieg** für die restlichen neun AKWs bis 2022. In der Bewegung wurde das grundsätzlich begrüßt, darin aber wiederum auch eine Bestandsgarantie für Atomkraftwerke gesehen. Immer wieder gab es auch nach diesem erneuten Ausstiegsbeschluss Demonstrationen und Blockadeaktionen, die aber insgesamt nicht mehr das Ausmaß der Bewegungshochphasen erreichten.



Im Zusammenhang der steigenden Strompreise wegen des **russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine** gab es im Laufe des Jahres **2022** zunehmend Stimmen, die eine Verlängerung der Laufzeiten und Weiterbetrieb forderten, um die Energiesicherheit Deutschlands zu garantieren. **Von der Ampelkoalition wurde der Ausstieg dann tatsächlich um drei Monate nach hinten geschoben.** Langjährige und ehemalige Aktivist:innen aus der Anti-Atom-Bewegung reagierten darauf in der kurzfristig initiierten Kampagne „Runterfahren“ mit sogenannten „**Warnblockaden**“ (50-100 Blockierende an den drei noch laufenden AKWs) und kündigten mit Absichtserklärung für zivilen Ungehorsam Massenmobilisierungen an, wenn die Laufzeiten Anfang 2023 erneut verlängert werden sollten.

Am **15. April 2023 wurden schließlich diese letzten drei AKWs** (Emsland, Neckarwestheim 2 und Isar 3) **abgeschaltet.** Aber auch seitdem wird aus „Klimaschutzgründen“ immer wieder die Verlängerung der AKW-Laufzeiten in der öffentlichen Debatte vor allem von CDU/CSU und AfD gefordert.

Ungeklärt bleibt die **Frage der Entsorgung und Lagerung** von 17.000 Tonnen hochradioaktiver sowie 600.000 Kubikmeter schwach- und mittelradioaktiver **Abfälle** (prognostiziert bei Abschalten des letzten AKW Ende 2022), die größtenteils dezentral an unterschiedlichsten Standorten „zwischengelagert“ sind. Die zentrale Rolle für die Beobachtung, Recherche und Veröffentlichung der laufenden Verhandlungen zwischen Politik und Atomwirtschaft über die **Endlagerung** spielt die Organisation *ausgestrahlt!*, die kontinuierlich zu Aktionen mobilisiert und auch Initiativen in anderen europäischen Ländern unterstützt. Auch sind **weitere atomare Anlagen noch in Betrieb**, z. B. die Brennelementefabrik Lingen, die AKWs außerhalb der BRD versorgt, die Urananreicherung in Gronau, sowie Kernforschungszentren.

Quellen

Diese Zusammenstellung basiert auf einer Collage aus Texten mit eigenen Ergänzungen

- diverse Artikel auf <https://de.wikipedia.org>
- Felix Kolb: Studienbrief: Kurs ZukunftsPiloten. Soziale Bewegungen und politischer Wandel
- S. Münster/Lou Marin: Von Wyhl bis Fukushima. Der praktisch-strategische Einfluss gewaltfreier Aktionsgruppen auf vier Jahrzehnte Kämpfe der westdeutschen Anti-AKW-Bewegung
- Grafiken und Fotos von <https://de.wikipedia.org>